

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/104

5. Juni 1975

Wandern in der Ebene

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktzahlen des Mai

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Gefordert: Sachverstand und Mut

Zum Beschluß des Bundestages, eine Jugendstrafvollzugs-
Kommission zu berufen

Von Hugo Brandt MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für die Straf-
rechtsreform

Seite 3 und 4 / 49 Zeilen

Arbeitsier Frau - statistisch betrachtet

Über die Auswirkungen der Mehrfachbelastung der Mütter

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Ernährung, Land-
wirtschaft und Foresten

Seite 5 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 5-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 00 37 - 30
Telefax: 05 88 648 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnr Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Wandern in der Ebene

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktzahlen des Mai

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für Arbeit und Sozialordnung

1.017.799 Arbeitslose im Mai sind zweifellos weniger als 1.084.000 Stellungsuchende im Vormonat. Statistiker haben es ausgerechnet: es sind 6,4 vH weniger. Der neue Eckwert, soeben von Präsident Josef Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg verkündet, bietet dennoch keinen Anlaß zu hemmungelosem Jubel. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt besetzt sich nur zögernd. Die saisonalen Auftriebendenzenzen überwiegen. Die konjunkturelle Wende läßt auf sich warten. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik rechnen mit ihr im Frühherbst - die Arbeitsmarktanalysiker in Nürnberg sehen das kaum anders. Also: Der Weg in der Konjunktur-Ebene ist länger als vermutet. Die Ausrüstung des Wanderers scheint ausreichend. Nur, seine Geduld wird auf eine härtere Probe gestellt.

Vor Monaten waren Stingl und die Prognostiker noch optimistischer. Der Aufschwung, so glaubte man zu wissen, greife früher und lasse sich nachhaltiger durch binnenwirtschaftliche Impulse beleben. Selbst die Bundesbank entschloß sich recht spät zu Stimulierungsangeboten, weil sie von der Furcht besessen schien, es könnte wieder zu schnell aufwärts gehen. Die augenblicklichen Zahlen zeigen: Dieser "Verdacht" war unbegründet. Die Bundesrepublik, voll in den internationalen Warenaustausch eingebunden und ohne ihn nicht leben könnend, zeigte, daß in einem Land auch eine Salbung der Binnenkonjunktur allein kaum reichen dürfte, um eine weltweite Tendenz zu wenden.

So zeigte sich denn auf dem Arbeitsmarkt: Die Kurzarbeiterzahlen stiegen noch einmal an und dies besonders in exportorientierten Branchen. Der Maschinenbau, die Stahlindustrie, Sektoren der Großchemie und der Fahrzeugbau sind im Augenblick fast noch größere Sorgenkinder als die Bauindustrie. Eine derartige Situation wird von den führenden

Wirtschaftspublizisten nicht bestritten. Die Rezession in den USA, das kaum noch verhüllte Desaster in Großbritannien, das mit heftigen Konjunkturreinbrüchen kämpfende Frankreich, das Japan der Preisrekorde und das immer noch um festen Grund ringende Italien sind keine Verbündete, an die man sich anlehnen könnte. Unsere Wirtschaftspartner bedürfen selbst der Kräftigung, und sie erwarten sie von uns.

Für den Arbeitsmarkt heißt das: Geduld bewahren, schädliche Tendenzen von außen möglichst abschotten und darauf bedacht sein, daß durch internationale Belebung der Konjunktur auch die nationalen Schwierigkeiten korrigierbar werden. Der Bundeskanzler versucht jaust dies. Die Einsicht der Partner muß reifen. Das Exportland Bundesrepublik Deutschland muß sich darauf einrichten.

Alle vorhandenen Daten des Arbeitsmarktes bestätigen, daß wir - gemessen an vergleichbaren Volkswirtschaften - besser gerüstet ins internationale Rennen gehen. Unsere Sozialleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind nicht nur konkurrenzlos - auch die ganze Konstruktion verheißt frühzeitigere Gesundung. Ein paar Zahlen mögen das verdeutlichen: Seit dem 1. Januar 1975 wurden bei den Arbeitsämtern rund eineinhalb Millionen Arbeitslose neu registriert. Im gleichen Zeitraum wurden 844.000 in neue Tätigkeiten vermittelt. In privatwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften ist das Weltrekord - und für Staatshandelsländer ein immerwährender Ansporn, ebenso flexibel auf Probleme zu reagieren. Die Fluktuation auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt ist ermutigend. Das Überwechseln vom Arbeitslosengeld in die Arbeitslosenhilfe - sozusagen die erste Stufe der "Aussteuerung", hat nach wie vor Sondercharakter. Die Ansicht von Bundesarbeitsminister Walter Arendt, die bestehenden sozialen Schutznetze würden dafür sorgen, daß niemand durch die Maschen fiel, fand ihre Bestätigung in den Daten des Mai.

Nur der höchst wirtschaftekundige Professor Karl Carstens (Fehmarn), amtierender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Mannschaft, sah das anders. Aber das darf man dem Professor nicht übelnehmen - diese Art Kenntnis ist ihm entrainiert worden.

(-/5.6.1975/bgy/pr)

+ + +

Befordert: Sachverstand und Mut

Zum Beschluß des Bundestages, eine Jugendstrafvollzugs-Kommission zu berufen

Von Hugo Brandt MdB

Mitglied des Bundestagessonderrusschusses für die Strafrechtsreform

Es ist nicht zu bestreiten, daß in den vergangenen Jahren der Jugendstrafvollzug Fortschritte gemacht hat. Es ist aber ebenso unbestreitbar, daß dieser Jugendstrafvollzug eine allgemeine rechtliche Grundlage braucht, die unserem heutigen Erkenntnisstand entspricht und die darüberhinaus Grundlinien verzeichnet, die dem Jugendstrafvollzug nicht nur eine geregelte Gegenwart, sondern auch Hinweise für die zukünftige Entwicklung geben.

Der Bundestag hat am Donnerstag die Bundesregierung aufgefordert, eine Jugendstrafvollzugskommission alsbald zu berufen, die eine allgemeine rechtliche Regelung vorbereiten soll. Wissenschaftler und Praktiker, die mit Jugendproblemen beschäftigt sind, die die Probleme des Jugendstrafvollzugs kennen, sollen diese Kommission bilden. Eine Versammlung des Sachverständigen also, die dem Gesetzgeber das Material an die Hand gibt, das ihm hilft, eine sachgerechte Entscheidung zu treffen.

Das Strafvollzugsgesetz, das jetzt vor dem Abschluß der Beratungen steht, ist ebenfalls von einer solchen Kommission vorbereitet worden. Mit dieser Vorbereitungsarbeit hat der Bundestag eine gute Erfahrung gemacht, die eine Wiederholung nahelegt. Mehr noch als beim allgemeinen Strafvollzug wird es jedoch beim Jugendstrafvollzug darauf ankommen, pädagogischen Denkansätzen und Handlungsgrundsätzen ein breites Feld zu geben. Keine Gesellschaft wird verhindern können, daß auch Jugendliche straffällig wer-

den. Diese Einsenweisheit enthebt uns nicht des Auftrages, für gesellschaftliche Ordnungen zu streiten, die der Straffälligkeit vorbeugen. Es ist schließlich nicht unbekannt, daß der größte Teil der jugendlichen Straftäter in schwierigen Verhältnissen herangewachsen ist, die diese Straftäter selbst nicht zu vertreten haben. Niemand kann sich aus der Verantwortung stellen, die uns über das Rechtsstaatsprinzip hinaus durch das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes auferlegt ist. Wir alle haben Mitverantwortung auch für diejenigen, die straffällig geworden sind. Mitverantwortung dafür, daß während des Vollzugs der Freiheitsstrafe alles getan wird, um erneuter Straffälligkeit vorzubeugen. Mit Abschreckungs-, Vergeltungs- und Abschließungsmentalität ist das nicht zu leisten. Es geht nur, wenn der hilflos rückwärts gewendte Strafgedanke überlagert wird von dem Grundgedanken der Erziehung.

Das gesamte Feld der Jugendkriminalität und des Jugendstrafvollzugs sollte von einem Mindestmaß an juristischen und mit einem Höchstmaß pädagogischer Gedanken besetzt werden. Dies alles hat mit Liberalisierung nichts zu tun, alles jedoch damit, welchen Erfolg wir anstreben. Die Zielorientierung des Jugendstrafvollzugs bestimmt die dafür tauglichen Maßnahmen. Die Strafe hat, für sich gesehen, weder Sinn noch Ziel. Sie muß mit Sinn erfüllt werden.

Die Kommission, die nun von der Bundesregierung zu berufen ist, hat eine schwierige Arbeit vor sich. Hierzu braucht sie nicht nur Sachverstand, sondern auch Mut.

(-/5.6.1975/ka/pr)

+ + +

Arbeitstätter Frau - statistisch betrachtet

Über die Auswirkungen der Mehrfachbelastung der Mütter

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Das bayerische Statistische Landesamt veröffentlichte kürzlich bemerkenswerte Zahlen. In Bayern leben rund 1,5 Millionen Mütter mit rund 2,9 Millionen Kindern unter 18 Jahren. Mehr als die Hälfte dieser Mütter ist berufstätig. Von diesen 750.000 Müttern haben knapp 300.000 erwerbstätige Mütter Kinder unter sechs Jahren zu versorgen.

Von dieser großen Anzahl Frauen - die Zahlen stammen aus dem Jahr 1974, die ihre Kraft zwischen Beruf und Familie teilen müssen, arbeitet ein Teil als sogenannte "mithelfende Familienangehörige" in der Land- und Forstwirtschaft. Hier werden sie, wie bekannt, bei der Errechnung des Betriebseinkommens nur als halbe Arbeitskraft gerechnet. Dabei gibt jeder Bauer unumwunden zu, daß seine Bäuerin noch mehr zu tun hat als er selbst. Nicht zuletzt aufgrund dieser Arbeitsbelastung haben es die jungen Bauern ja heute so schwer, eine Frau zu finden. Ein weiterer Teil der berufstätigen Mütter ist teilzeitbeschäftigt. Dennoch bleibt die Zahl der vollberufstätigen Mütter mit Kindern unter sechs Jahren beachtlich groß.

Allerdings besagen nackte Zahlen wenig. Die hier veröffentlichten machen indes eines deutlich: Zu Recht ertönt immer wieder der Ruf nach mehr Kindergärten und vor allem nach mehr Kinderkrippen, sowie nach Ganztags- schulen bzw. verbesserter Hausaufgabenbeaufsichtigung. Außerdem muß man bei diesen Zahlen den Zusammenhang mit Veröffentlichungen der Rentenversicherung berücksichtigen. Aus deren Zahlen ergibt sich nämlich ganz klar, daß berufstätige Mütter eine um fast zehn Jahre geringere Lebenserwartung haben als Hausfrauen. Die Lebenserwartung berufstätiger Mütter ähnelt der der Männer.

Es wäre gewiß auch ein Beitrag zum "Jahr der Frau", wenn sich die Verantwortlichen etwas intensiver mit dem Faktum der mehrfach belasteten Frauen auseinandersetzen würden. Dann es bleibt ein merkwürdiger Tatbestand, daß man bei berufstätigen Müttern zwar von mehrfachbelasteten Frauen spricht, bei berufstätigen Vätern allerdings nie von den mehrfachbelasteten Männern. Und im Grunde ist wirklich nicht einzusehen, warum berufstätige Mütter ein statistisch interessanter Faktor sind, während berufstätige Väter wohl in keine Statistik eingehen würden.

Dabei ist eines doch wohl klar: Wenn es gelingen soll, und dies streben alle Parteien an, die Frauen durch ihre Ausbildung und durch ihre beruflichen Qualifikationen gleichberechtigt in das Berufsleben einzugliedern, dann wird dies nicht ohne Folgen für die männliche Berufstätigkeit bleiben und auch Auswirkungen auf die Familienrolle des Mannes haben.

(-/5.6.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller